

mehrmonatiger innerparteilicher Diskussion verabschiedete der Parteitag die Thesen »DKP kontra Großkapital. Für Frieden, demokratischen Fortschritt und Sozialismus«. Der Flamburger Parteitag der DKP (2.-4.11. 1973) konkretisierte die außenpolitischen Positionen der Partei zur Durchsetzung des mit den europäischen Vertragswerken eingeleiteten Entspannungsprozesses und rief alle demokratischen Kräfte zum gemeinsamen Handeln für eine im nationalen Interesse der BRD liegende Politik der Abrüstung, Sicherheit und Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern auf. Innenpolitisch orientierte der Parteitag auf grundlegende soziale und demokratische Reformen und antimonopolistisch-demokratische Veränderungen gegen die Monopolmacht. Auf dem Bonner Parteitag (19.-21.11. 1976) bekräftigte die DKP, ausgehend von einer Analyse der Wirtschaftskrise und ihren sozialen Folgen für die Werktätigen, alles zu unternehmen gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Schultern der Werktätigen, für die Verteidigung der sozialen und demokratischen Rechte. Sie orientierte die Friedenskräfte darauf, ihren Einfluß auf den außenpolitischen Kurs der Regierung zu verstärken, um die BRD zu einem aktiven Faktor für Abrüstung, Entspannung und eine Politik der friedlichen Koexistenz zu machen. Der Mannheimer Parteitag der DKP (20.-22. 10. 1978) erhielt seine besondere Bedeutung durch die einstimmige Annahme des Programms der DKP, dessen Entwurf zuvor in einer fast einjährigen innerparteilichen und öffentlichen Diskussion erörtert worden war. Auf der Grundlage einer eingehenden Analyse der Krise des kapitalistischen Gesellschaftssystems der BRD und der sich verschärfenden ökonomischen, sozialen und politischen Widersprüche und Konflikte werden darin die Si-

cherung des Friedens und die Verteidigung der sozialen und demokratischen Errungenschaften des arbeitenden Volkes als vorrangige politische Aufgaben bezeichnet. Die DKP strebt danach, in diesem Kampf die Kräfte zusammenzuführen und zu entfalten für die Erweiterung der Rechte der Werktätigen, für die Zurückdrängung der Macht der Monopole und die Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte. Als strategisches Ziel der gegenwärtigen Etappe des Klassenkampfes wird die Herbeiführung einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt bestimmt. Der 6. Parteitag der DKP (29.-31. 5. 1981 in Hannover) legte, gestützt auf die strategische Orientierung des Parteiprogramms, die Kampfaufgaben der Kommunisten für die 80er Jahre fest. In einer Zeit äußerster Zuspitzung der internationalen Situation durch die NATO-Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik wurde der oberste Grundsatz der DKP bekräftigt, alles für den Frieden zu tun. Der Parteitag beschloß, mit aller Kraft zur Stärkung und Ausweitung der bisher umfassendsten Friedensbewegung in der BRD beizutragen, um die Umwandlung der BRD in eine Hauptstartrampe neuer USA-Kernwaffen zu verhindern. Er orientierte auf das Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte, die sich in der BRD zur Verteidigung der Lebensinteressen des Volkes gegen den langfristig angelegten Angriff des Monopolkapitals auf die sozialen und demokratischen Rechte, im Kampf zur Sicherung von Arbeitsplätzen, für das Recht auf Bildung und Ausbildung, gegen Mietwucher, für Umweltschutz u. a. entwickelt haben. Der 7. Parteitag der DKP (6.-8.1. 1984 in Nürnberg) formulierte nach dem Beginn der Stationierung der US-amerikanischen Atomraketen